

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

des Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundeskanzler

eingebracht im Zuge der Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers zur Regierungsumbildung

Begründung

"Das ist auf Dauer nicht tragfähig" [...] "Wir müssen uns fragen, mit wem wir in Zukunft noch etwas paktieren und ausmachen können."

BM Pröll, 2.6. 2008, APA

"Offenbar läuft in der ÖVP alles auf mutwillig provozierte Neuwahlen hinaus. Wir haben keine Angst davor, wir bereiten uns auf Neuwahlen vor - wir sind gerüstet."

BM Faymann, 22.6.2008, Österreich

"Wenn von Faymann nicht in den nächsten Tagen ein klares Bekenntnis zu Lösungen kommt, dann sehe ich das Ende gekommen."

2. NR-Präsident Spindelegger, 23.6.2008, Der Standard

"Das Ergebnis ist eine Doppelspitze ohne Führung, die Regierungsarbeit bleibt liegen. Das ist unerträglich und muss ein Ende haben."

BM Pröll, 23.6.2008, Der Standard

"Die Regierung ist durch die Krise der SPÖ absolut gelähmt"

ÖVP-Generalsekretär Missethon, 25.6.2008, Der Standard

"So kann's nicht weitergehen. Das ist niemandem mehr zuzumuten."

BM Bartenstein, 25.6.2008, Österreich

"Ich habe das Glauben, was die Regierung betrifft, verloren und ziehe das Wissen vor. Ich weiß zur Stunde nicht einmal, ob sie willens ist, ich weiß auch nicht, ob sie dazu in der Lage ist."

LH Häupl, 27.6.2008, Kurier, auf die Frage, ob er glaube dass die Regierung die Messlatte Steuerreform überspringen könne.

"Mit dieser SPÖ ist für wahr kein Staat mehr zu machen."

BM Bartenstein, 27.6.2008, APA

"Die SPÖ ist seit Wochen nur noch mit sich selbst beschäftigt. Die interne Situation ist ungeklärt, die Führungsfrage schwelt. Es herrscht Stillstand...."

Vizekanzler Molterer, 29.6.2008, Kleine Zeitung, auf die Frage ob die Regierung noch Handlungsfähig sei.

"Ich rechne im Herbst mit Neuwahlen. Die ÖVP drängt ja darauf und arbeitet ja vollkommen in die Richtung."

Michael Häupl (SPÖ, 30.6.2008, ZIB 1)

„Wir haben daher in den nächsten Jahren noch eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, denn Stillstand bedeutet Rückschritt“.
 BK Gusenbauer, 30.6.2008, APA, zum Wirtschaftsbericht 2008

„Bei vier minus.“

BM Buchinger(SPÖ), 3.7.2008, in der ZIB 2 auf die Frage wie er das Koalitionsklima zwischen sehr gut und nicht genügend momentan einstufen würde.

Diese Bundesregierung ist am Ende. Den katastrophalen Zustand der SPÖ-ÖVP-Koalition haben Spitzenpolitiker beider Parteien in den vergangenen Wochen treffend beschrieben, wie obige Zitate-Auswahl treffend belegt.

Die gestrige Ankündigung von Neuwahlen durch ÖVP-Chef Molterer ist das Eingeständnis des totalen Scheiterns dieser Bundesregierung. SPÖ und ÖVP hinterlassen eine katastrophale Bilanz: Für Österreich waren die beiden vergangenen Jahre verlorene Jahre. Es herrschte totaler Stillstand. Neuwahlen waren daher der einzige mögliche Ausweg aus dieser politischen Sackgasse.

Die Verantwortung für das Scheitern haben beide Regierungsparteien zu übernehmen. Beide Regierungsparteien haben nur ein Ziel verfolgt: Sich gegenseitig möglichst viel Schaden zuzufügen und um jeden Preis an der Macht zu bleiben. In erster Linie tragen Bundeskanzler A. Gusenbauer, Neo-SPÖ-Chef und Regierungskoordinator W. Faymann, Vizekanzler W. Molterer und Regierungskoordinator J. Pröll die Verantwortung für das Totalversagen der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung. Sie haben es nicht geschafft die seit Amtsantritt immer wieder akute Regierungskrise in den Griff zu bekommen und für die Menschen im Land zu arbeiten.

Die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung hat sich seit ihrem Amtsantritt im Dauerstreit befunden. Die schwere Koalitionskrise im März des Jahres wurde nur für wenige Wochen überwunden. "Ein Jahr der Arbeit" rief Bundeskanzler Gusenbauer damals aus, "wir haben die Zeichen der Zeit erkannt", assistierte Vizekanzler Molterer. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Vom damals groß angekündigten 95-Punkte-Arbeitsprogramm wurde bis heute so gut wie nichts umgesetzt. Stattdessen wurde gestritten: über Europa, Pensionsautomatik, Pflegegeld, Schadenersatzrecht, Vermögenszuwachssteuer, Integrationsmaßnahmen, Homo-Ehe, Gesundheitsreform, usw.

Die Bundesregierung hatte sich bei Ihrem Antritt im Jänner 2007 viel vorgenommen. Von großen Reformen war die Rede. So wollten SPÖ und ÖVP mit ihrer 2/3 Mehrheit im Nationalrat etwa eine große Verwaltungs- und Verfassungsreform zustande bringen. Doch dazu kam es nicht. Einig war man sich nur bei proporzmaßigen Personalbesetzungen, große inhaltliche Würfe blieben völlig aus.

Bereits am 30.6.2007 stellte Sozialminister Buchinger in einem Zeitungsinterview fest: „*Die Frage nach Neuwahlen ist eine Fragestellung, die nicht von der Hand zu weisen ist. Derzeit schaut es in der Koalition so aus, dass dahingewurschtelt und nicht an einem Strang gezogen wird.*“ Es wurde ein Jahr lang weiter „dahingewurschtelt“.

Die großen Herausforderungen und Zukunftsfragen Österreichs und Europas blieben auf der Strecke. Sehr viel wertvolle Zeit ging ungenutzt verloren, in zentralen Fragen wurden Weichen nicht gestellt: Bei Kindergärten, Schulen, Unis, bei der Frage des Teuerungsausgleichs, bei der Gleichstellung von Frauen, beim Klimaschutz, beim Problem der hohen Energie- und Lebensmittelpreise, bei der Pflege, in der Gesundheitspolitik, bei der Mindestsicherung. Auf der Strecke blieben die BürgerInnen und Bürger, die diesem unwürdigen Schauspiel zuschauen mussten, deren Lebenssituation sich angesichts der Unfähigkeit der Regierung nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

In seiner Regierungserklärung am 16.1.2007 sagte Bundeskanzler Gusenbauer: „Große Koalitionen sind nicht an sich gut oder schlecht. Es geht darum, was die beiden Partner leisten, wie sie miteinander umgehen, wie offen sie auch für Vorschläge und Initiativen der Opposition oder von außerhalb des Parlaments sind. Kurz: Es geht darum, ob die Gefahren schlagend werden oder ob die Chancen einer solchen Zusammenarbeit genutzt werden.“

Nach eineinhalb Jahren ist klar: Diese Bundesregierung hat ihre Chancen nicht genutzt. Diese Koalition ist am Ende.

Die unternannten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundeskanzler wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“

A. Am Nahr

Böhm, Z. n.

B. Drechsler

W. Kugler

A. Kogler